

Die Konfliktlinien verlaufen anders

Zur Entwicklung der Bürgerkriegsländer Ruanda und Burundi

Die Weltöffentlichkeit wird seit Monaten mit beispiellosen Ungeheuerlichkeiten aus dem Bürgerkrieg in Ruanda konfrontiert. Die jüngste Ermordung des Erzbischofs von Kigali, Vincent Nsengiyumva, und anderer Geistlicher rückt die Rolle der Kirche in diesem Konflikt erneut in den Vordergrund. Marianne Weiß, Mitarbeiterin des Hamburger Instituts für Afrikakunde, resümiert die Entwicklung der beiden Länder Ruanda und Burundi und skizziert Vorgeschichte und Hintergrund des gegenwärtigen Konfliktes.

Die grauenhaften Bilder des Mordens und der Flucht von mehreren hunderttausend Menschen nach dem gewaltsamen Tod der beiden Staatschefs von Ruanda und Burundi, *Juvénal Habyarimana* und *Cyprien Ntaryamira*, im April 1994 ließen die Weltöffentlichkeit aufschrecken. Wie konnte dies geschehen? War dieser Ausbruch hemmungsloser Gewalt abzusehen? Manche, die so fragten, hatten auch gleich eine Erklärung bereit: danach handelte es sich um einen jahrhundertalten Konflikt zwischen den zwei wichtigsten ethnischen Gruppen, den Ackerbau treibenden *Hutu*, die in beiden Staaten die Bevölkerungsmehrheit bilden, und den später zugewanderten Vieh züchtenden *Tutsi*, die sich als Herrscher über die Hutu etablierten. Diese Stereotypen, die als Ergebnis kolonialer Interpretation der gesellschaftlichen Strukturen die Vorstellungen teilweise noch heute bestimmen und auch das gegenseitige Feindbild der Hutu und Tutsi prägten, griffen jedoch zu kurz und werden der Komplexität der politischen und sozialen Verhältnisse in keiner Weise gerecht.

Ruanda: Soziale Gegensätze und mangelnde politische Partizipation

Zudem verlief die politische Entwicklung in Ruanda und in Burundi seit dem 19. Jahrhundert trotz augenscheinlicher Gemeinsamkeiten in unterschiedlicher Richtung, auch wenn beide Staaten seit ihrem Weg in die völkerrechtliche Unabhängigkeit am 1.7.1962 und dem damit einhergehenden Aufbau eines neuen politischen Systems immer wieder von ethnischen Auseinandersetzungen erschüttert wurden, wobei die Ereignisse in dem einen Land nicht ohne Rückwirkung auf das andere Land blieben.

Die unbeschreibliche Gewalt, mit der die Konflikte ausgetragen wurden, ist umso unverständlicher, da Hutu und Tutsi in jedem der beiden Länder seit Jahrhunderten in einem *gemeinsamen staatlichen Gebilde* zusammenlebten und durch eine *gemeinsame Sprache und Kultur* miteinander verbunden waren. Die Herausbildung eines ethnischen Bewußtseins und als Korrelat dazu die Entwicklung eines ethnisch begründeten Feindbildes beruht dementsprechend nicht primär auf Abstammungskriterien, sondern hat seine Wurzeln in *sozialen Gegensätzen* und unterschiedlichen Möglichkeiten *politischer Partizipation* als Folgen historischer Entwicklungen.

In Ruanda hatte sich in vorkolonialer Zeit ein stark zentralisiertes Tutsi-Königreich herausgebildet, dessen wirtschaftliche und soziale Basis ein ausgeklügeltes Lehenswesen bildete, das die Hutu-Bauern in eine immer drückender werdende Abhängigkeit von den Tutsi-Feudalherren brachte. Die soziale Kluft wurde während der deutschen und belgischen Kolonialherrschaft durch die einseitige Förderung der Tutsi noch verschärft. Der Hutu-Bauernaufstand 1959, bei dem erstmals Tutsi gezielt verfolgt und Tausende in die Flucht getrieben wurden, war vor allem eine soziale Revolte. Die marginale Stellung der Hutu im sozio-politischen System führte bei einer nach dem Zweiten Weltkrieg herangebildeten kleinen Schicht von Hutu-Evolués aber auch zur Entstehung eines *ethnisch orientierten Identitätsbewußtseins*, das seinen ersten politischen Ausdruck 1957 im „Manifest der Bahutu“ fand, in dem das politische, wirtschaftliche und soziale Monopol der Tutsi scharf verurteilt und die Gleichberechtigung der Hutu gefordert wurde.

Die weiteren Schritte bestanden in der Gründung einer politischen Partei, der MDR-PARMEHUTU („Mouvement Démocratique Républicain Parti du Mouvement de l'Émancipation des Bahutu“), die sich die Befreiung von der Tutsi-Herrschaft zum Ziel setzte, und schließlich 1961 in der Abschaffung der Monarchie und der Gründung einer Republik unter Hutu-Führung. Die Machtverhältnisse waren damit zwar umgedreht, gleichzeitig verfestigte sich aber das *ethnische Feindbild*. Versuche der vor allem nach Burundi geflüchteten Tutsi, die Herrschaft zurückzuerobern, führten in den folgenden Jahren wiederholt zu blutigen Repressionen, denen über 10000 Tutsi zum Opfer fielen, während mehrere hunderttausend in die Flucht getrieben wurden.

Präsident Habyarimana, der nach anhaltenden ethnisch und politisch motivierten Unruhen 1973 durch einen Militärputsch die Macht übernommen hatte, bemühte sich um einen Ausgleich zwischen den ethnischen Gruppen und konnte, gestützt auf einen starken Sicherheitsapparat, für längere Zeit die innere Ruhe wieder herstellen. Seine gemäßigte Politik stieß jedoch auf wachsende Kritik extremer Hutu-Kreise. Durch rassistische Propaganda und Polemik in privaten Presseorganen, die seit 1989 aus dem Boden schossen, und in dem privaten Rundfunksender „Radio Télévision Libre Mille Collines“ wurden ethnische Feindbilder neu belebt und offen zum Rassenhaß aufgerufen. Der Krieg gegen die vorwiegend aus in Uganda lebenden Tutsi-

Flüchtlingen bestehende „Ruandische Patriotische Front“ (RPF), die im Oktober 1990 mit Waffengewalt in Ruanda einfiel, verhärtete die ethnischen Fronten zusätzlich, obwohl die RPF auch Hutu in ihren Reihen hatte und ihr Vorsitzender, *Alex Kanyarengwe*, ein ehemaliger Innenminister *Habyarimanas*, der 1980 eines Putschversuches verdächtigt wurde und deshalb ins Ausland flüchtete, ebenfalls Hutu war.

Der ethnische Faktor wurde von radikalen Hutu nunmehr gezielt als politische Waffe eingesetzt. Zu Tutsi-Komplizen und damit zu Komplizen der RPF wurden alle, also auch die interne Hutu-Opposition erklärt, die eine Änderung der bestehenden Machtstrukturen anstrebten. Mit der CDR („Convention pour la Défense de la République“) schufen die extremistischen Hutu 1992 eine eigene Partei und bauten eine Parteimiliz auf, die im Einvernehmen zumindest mit einem Teil der Staatsführung für viele der bereits 1993 begangenen ethnisch und politisch motivierten Gewalttaten verantwortlich war und die damit letztlich das Klima von Mißtrauen und Gewaltbereitschaft schuf, das die Massaker 1994 möglich machte. Die erste Welle der Gewalt unmittelbar nach dem Tod *Habyarimanas* ging bezeichnenderweise von der Präsidentengarde aus und war offensichtlich vorbereitet gewesen. Die Ermordung der Hutu-Premierministerin *Agathe Uwilingiyimana* und weiterer prominenter Hutu-Politiker der Opposition deuten darauf hin, daß es sich dabei zunächst um eine Maßnahme der konservativen Führungsschicht zu ihrem *Machterhalt* handelte, die dann in ein allgemeines Chaos und in ein von Angst, Haß und Verzweiflung geprägtes ethnisches Gemetzel überging.

Burundi: Machtkämpfe der einflußreichen Clans

Im Gegensatz zur zentralistischen Monarchie in Ruanda hatten sich in *Burundi* im 19. Jahrhundert *dezentrale Machtstrukturen* herausgebildet, in denen die als „Ganwa“ bezeichneten Herrschaftsgeschlechter, die den König stellten, in ihren Territorien weitgehend autonom waren und eine entscheidende politische Rolle spielten. Der König, der ihnen gegenüber machtpolitisch relativ schwach war, benötigte zur Absicherung seiner Herrschaft die Unterstützung sowohl der Tutsi als auch der Hutu, die in hohe Positionen am Hof aufsteigen konnten. Die Herausbildung neuer politischer Strukturen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war dementsprechend nicht durch ethnische Konflikte, sondern durch Machtkämpfe der beiden einflußreichsten Ganwa-Clans geprägt. Nicht zuletzt unter dem Einfluß der Entwicklungen in Ruanda nahmen die innenpolitischen Spannungen jedoch *zunehmend ethnischen Charakter* an. Ein Putsch von Hutu-Offizieren, die sich gegen die wachsende Diskriminierung der Hutu auflehnten, im Oktober 1965, löste die ersten landesweiten ethnischen Gewaltausbrüche aus, die durch brutale Vergeltungsmaßnahmen an den Hutu gerächt wurden. Mit der wenige Monate später erfolgten

Machtübernahme durch das Militär unter Hauptmann *Michel Micombero* und der Abschaffung der Monarchie wurde eine über ein Vierteljahrhundert andauernde Tutsi-Herrschaft unter Kontrolle des Militärs eingeleitet. Ein Hutu-Aufstand 1972 wurde von der Armee grausam unterdrückt, wobei die gesamte Hutu-Elite einschließlich der Sekundarschüler umgebracht wurde. Rund 150 000 Hutu flüchteten ins Ausland.

Das Blutbad, dem über 100 000 Hutu zum Opfer fielen, trug entscheidend zur Identitätsbildung der Hutu bei, die sich nun als Gruppe von Märtyrern sahen, während die Tutsi als grausame unterdrückerische Minderheit wahrgenommen wurde. Diese Konzeption bildet den Kern der politischen Ideologie der von extremistischen Hutu im Exil in Tansania 1980 gegründeten PALIPEHUTU („Parti de la Libération du Peuple Hutu“), die eine gewaltsame Veränderung der Machtverhältnisse in Burundi anstrebt, wo sie verstärkt seit 1989 im Untergrund tätig ist. Die traumatischen Erlebnisse des selektiven Völkermordes 1972 und die Omnipräsenz eines alles kontrollierenden Partei-, Staats- und Sicherheitsapparates unter Staatschef *Jean-Baptiste Bagaza*, der 1976 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, verhinderten für viele Jahre weitere ethnische Gewaltausbrüche.

Daß sich an der fatalen Spirale ethnischer Diskriminierung, ethnisch ausgerichteten gewaltsamen Protests und brutaler Vergeltungsmaßnahmen durch die fast ausschließlich aus Tutsi bestehende Armee nichts geändert hat, zeigen die Massaker seit 1988. Einen erschütternden Höhepunkt erreichten die machtpolitisch motivierten ethnischen Auseinandersetzungen als nach dem Wahlsieg *Melchior Ndadaye*, der als erster Hutu im Juli 1993 Staatschef wurde, Teile der Armee, die um ihre Machtposition fürchteten, putschten und *Ndadaye* sowie mehrere hohe Hutu-Politiker grausam ermordeten. Der Mechanismus von Gewalt und Repression im ganzen Land wurde dadurch erneut in Gang gesetzt und machte die Hoffnung auf einen dauerhaften friedlichen Wandel des politischen Systems zunichte. Auch wenn der Putsch oberflächlich betrachtet scheiterte, so war es dem Gegner eines ethnischen Ausgleichs doch gelungen, das Land tiefgreifend zu destabilisieren und damit für weitere Gewaltausbrüche äußerst anfällig zu machen.

Flüchtlinge drohen soziales Gefüge zu destabilisieren

Über die Zahl der *Flüchtlinge aus Ruanda und Burundi*, die vor den ethnischen Pogromen in den Nachbarstaaten Schutz suchten, liegen unterschiedliche Angaben vor. Nach den Statistiken des UNHCR lebten Ende 1992 245 600 ruandische Flüchtlinge in Burundi, 85 000 (nach anderen Schätzungen 200 000) in Uganda, 50 900 in Zaire, 50 000 in Tansania. Die Gewaltausbrüche im April 1994 lösten einen weiteren Flüchtlingsstrom von mehreren hunderttausend Menschen

aus, die insbesondere in Tansania Zuflucht suchten. Die Zahl der burundischen Flüchtlinge wurde von UNHCR 1992 mit 149 500 in Tansania, 25 200 in Ruanda, 9500 in Zaire angegeben. Vor den Massakern im Oktober 1993 flohen rund 700 000 Burunder in die Nachbarstaaten. Die Flüchtlinge bedeuteten nicht nur eine Destabilisierungsgefahr für die gesamte Region; Status und Existenzgrundlage der teilweise seit Jahrzehnten im Ausland lebenden Flüchtlinge waren keineswegs gesichert. Die ruandischen Flüchtlinge forderten daher mit wachsendem Nachdruck das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat.

Habyarimana lehnte dies lange Zeit mit dem Hinweis auf die *Überbevölkerung* des Landes ab. Tatsächlich ist Ruanda mit durchschnittlich 270 Einwohnern pro km² *das am dichtesten besiedelte Land Afrikas*. Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen lagen größtenteils unter einem Hektar, was zur Existenzsicherung einer Familie kaum ausreichte. Bei einem Bevölkerungswachstum von über drei Prozent jährlich wurde die Bodenknappheit immer bedrohlicher, zumal es kaum Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft gab. Das Nachlassen der Bodenqualität und eine hohe Erosion der Hanglagen verschärften das Landproblem zusätzlich. Die Überbevölkerung stellte trotzdem nur die eine Seite für die Ablehnung einer Rückkehr der Flüchtlinge dar. Der tiefere Grund lag in der *Angst vor einer Destabilisierung des sozialen Gefüges* sowie der politischen Machtstrukturen. Erst als sich die Lösung des Flüchtlingsproblems nicht mehr aufchieben ließ, unternahm die Regierung 1989 erste Schritte, um eine Rückkehr der Flüchtlinge in die Wege zu leiten. Inzwischen hatten diese mit der RPF eine schlagkräftige Organisation aufgebaut, deren Einfall in Ruanda 1990 zu einem trotz internationaler Bemühungen um eine Konfliktlösung anhaltenden Guerillakrieg mit der ruandischen Armee führte. Die Kampfhandlungen lösten eine Massenflucht der Bevölkerung aus den betroffenen Regionen im Norden Ruandas aus. Die Gesamtzahl der Vertriebenen wurde im April 1993 mit 900 000 angegeben, die unter höchst unzulänglichen Bedingungen in Flüchtlingslagern innerhalb Ruandas lebten. Die Probleme wurden durch den Zustrom von über 350 000 Burundern, die vor den Massakern in Burundi im Oktober 1993 nach Ruanda flüchteten, noch verschärft.

Die 1975 von Habyarimana als Einheitspartei gegründete MRND („Mouvement Révolutionnaire National pour le Développement“) wurde in Ruanda im Laufe der Zeit zum alles beherrschenden Machtinstrument einer kleinen Führungselite, dem gegenüber Parlament und Regierung nur Vollzugsorgane waren. Alle Entscheidungen lagen beim Parteivorsitzenden, der gleichzeitig das Amt des Staatspräsidenten innehatte. *Korruption* und *Vetternwirtschaft* nahmen immer mehr zu und hatten eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zur Folge. Die internen Gegensätze ließen sich auf Dauer jedoch weder unterdrücken noch durch die Parteiideologie verschleiern. Die Konfliktlinien verliefen dabei nicht zwischen den ethnischen Gruppen, sondern einerseits zwischen den Hutu im Zentrum und im Süden, die un-

ter Staatschef Kayibanda die intellektuelle Elite des Landes gebildet hatten und sich seit der Machtübernahme Habyarimanas benachteiligt fühlten, und den Hutu im Norden, der Herkunftsregion Habyarimanas, deren Machtstellung sich auf Clanzugehörigkeit gründete und die über politischen Einfluß und wirtschaftliche Ressourcen verfügten; andererseits zwischen extremistischen Hutu, die jegliche Zugeständnisse an Tutsi ablehnten, und Hutu, die eine gemäßigte Haltung einnahmen. Hinzu kam eine an westlichen Vorstellungen orientierte Schicht von Intellektuellen, die sich für eine demokratische Öffnung einsetzten und mit ihrer Kritik am Regime Habyarimanas nicht zurückhielten.

Den Machthabern fehlte der politische Wille zur Machtteilung

Der wachsende innenpolitische Druck führte 1990 zur Einleitung eines Demokratisierungsprozesses, der durch den Einfall der RPF erheblich beschleunigt wurde, da sich Habyarimana durch *Zugeständnisse an die Opposition* eine Entspannung der innenpolitischen Situation erhoffte. Zu den wichtigsten Parteien, die sich nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung am 10.6.1991 und der Einführung eines Mehrparteiensystems konstituierten, gehörten die MDR (Mouvement Démocratique Républicain), die sich als Nachfolgepartei der 1973 aufgelösten MDR-PARMEHUTU verstand und in Zentralruanda ihren Schwerpunkt hatte. Sie trat vor allem für einen politischen Machtwechsel ein; – die PSD („Parti Social-Démocrate“), deren Anhängerschaft überwiegend aus der intellektuellen Elite im Süden bestand; – die PL („Parti Libéral“), die als Tutsi-Partei galt und sich vor allem an den Mittelstand und an Wirtschaftstreibende wandte.

Die MRND wurde entsprechend den veränderten politischen Rahmenbedingungen reformiert und in „Mouvement Républicain National pour la Démocratie et le Développement“ umbenannt, hatte jedoch keine einigende Kraft mehr. Habyarimana, der die Partei offensichtlich nicht mehr vollständig unter Kontrolle hatte, legte den Parteivorsitz am 30.3.1993 nieder. Bereits im März 1992 hatte sich die CDR von der MRND abgespalten.

Unter dem Druck der Oppositionsparteien, die sich im September 1991 zu einem Bündnis zusammengeschlossen hatten, mußte Habyarimana im April 1992 in die Bildung einer Mehrparteien-Übergangsregierung unter einem MDR-Premierminister einwilligen, deren vorrangige Aufgabe es sein sollte, einen Friedensschluß mit der RPF herbeizuführen. Nach langwierigen Verhandlungen unter tansanischer Vermittlung, die wegen des mangelnden Konsenses innerhalb der Regierungskoalition wiederholt unterbrochen wurden, andererseits jedoch unter starkem internationalem Druck standen, konnte am 4.8.1993 in Arusha (Tansania) ein Friedensabkommen mit der RPF unterzeichnet werden. Dieses sah neben der Wiederansiedlung der Flüchtlinge und Ver-

triebenen die Beteiligung der RPF an den Institutionen der staatlichen Machtausübung vor.

Während des Verhandlungsprozesses war zunehmend klar geworden, daß es einerseits der RPF vor allem um die Erringung der Macht ging, daß andererseits jedoch den bisherigen Machthabern der politische Wille zur Machtteilung fehlte. Die Bildung der gemeinsamen Institutionen (Regierung, Parlament, Armee), die bis Mitte September 1993 erfolgen sollte, verzögerte sich, teilweise auch auf Grund von Machtstreitigkeiten innerhalb der Oppositionsparteien, immer wieder. Der Tod Habyarimanas und das damit gegebene Machtvakuum bot der RPF schließlich die Gelegenheit, mit Waffengewalt zu erobern, was sie trotz Verhandlungen nicht bekommen hatte.

In Burundi war es unter Präsident Bagaza verboten worden, von Ethnien zu sprechen. Die Bevölkerung wurde zum einheitlichen Volk der Barundi erklärt, was allerdings die Diskriminierung der Hutu nicht ausschloß. Die ethnischen Massaker im August 1988 führten zur Erkenntnis, daß sich das ethnische Problem nicht tabuisieren ließ. Staatschef *Pierre Buyoya*, der im September 1987 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, berief im Oktober 1988 mit *Adrien Sibomana* einen Hutu zum Premierminister, der eine paritätisch von Hutu und Tutsi besetzte Regierung bildete. Die *Herstellung der nationalen Einheit* wurde zum obersten politischen Ziel erklärt und eine eigene, ebenfalls paritätisch besetzte Kommission mit der Ausarbeitung einer „Charta der nationalen Einheit“ beauftragt, die einen ethischen Verhaltenskodex zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung darstellen und über den Gesetzen und der Verfassung stehen sollte.

Ein ungeheures Ausmaß an ethnischer Gewalt und militärischer Repression

1992 wurde mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung und eines Parteiengesetzes ein Mehrparteiensystem eingeführt. Parteibildung auf ethnischer Basis wurde ausdrücklich untersagt und damit die Anerkennung der PALIPEHUTU ausgeschlossen. Als wichtigste Oppositionspartei kristallisierte sich die FRODEBU („Front pour la Démocratie au Burundi“) unter ihrem Vorsitzenden Melchior Ndadaye heraus. Sie erwies sich bald als gefährliche Konkurrenz zur bisherigen Einheitspartei UPRONA (Union pour le Progrès National“), in der viele Hutu die Partei des Tutsi-Regimes sahen. Die UPRONA reagierte mit dem Vorwurf, die FRODEBU betreibe Mitgliederwerbung auf ethnischer Basis, was zu einer gefährlichen Polarisierung führte.

Obwohl die „Charta der nationalen Einheit“ und der Verfassungsentwurf landesweit mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen diskutiert und in Referenden im Oktober 1991 bzw. im März 1992 darüber abgestimmt wurde, konnte eine Bewußtseinsänderung in der kurzen Zeit nicht erwartet werden. Das Abstimmungsergebnis (89 Prozent Zustimmung

für die Charta, 90 Prozent für die Verfassung bei einer Beteiligung von jeweils rund 97 Prozent der Stimmberechtigten) war weitgehend dem bisher üblichen Akklamationsritual zuzuschreiben. Von der Hutu-Elite wurde der von oben in die Wege geleitete Demokratisierungsprozeß mit großer Skepsis beurteilt.

Als größtes Hindernis für eine wirkliche Änderung der politischen Verhältnisse galt die *Armee*, die als reine Tutsi-Bastion für Vergeltungsschläge und Massaker an Hutu bei allen gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen verantwortlich war. Obwohl mit rund 7000 Mann relativ klein, bildete sie den eigentlichen Machtfaktor im Staat und entzog sich weitgehend staatlicher Kontrolle.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 1.6.1993 errang Ndadaye als Kandidat der FRODEBU bereits im ersten Wahlgang mit 65 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit, während Buyoya, mit dessen Wahlsieg allgemein gerechnet worden war, nur 32 Prozent erhielt, wenn auch sein Anteil erheblich über dem Anteil der Tutsi an der Bevölkerung (rund 14 Prozent) lag. Die Parlamentswahlen am 29.6.1993, zu denen sechs der insgesamt zehn Parteien angetreten waren, brachten einen überwältigenden Sieg der FRODEBU (71 Prozent der abgegebenen Stimmen und damit 65 von 81 Mandaten) gegenüber der UPRONA (21 Prozent, 16 Mandate). Die übrigen Parteien blieben unter der 5-Prozent-Hürde. Zwölf Abgeordnete (acht FRODEBU, vier UPRONA) waren Tutsi.

Ndadaye, der versprach, die Versöhnungspolitik seines Vorgängers fortzusetzen, berief mit Frau *Sylvie Kinigi* eine Tutsi, die UPRONA-Mitglied war, zur Premierministerin. In der am 11.7.1993 gebildeten Regierung, die neun Tutsi und vierzehn Hutu umfaßte, waren neben der FRODEBU und der UPRONA auch zwei kleinere Parteien vertreten. Dennoch wurde der Sieg der FRODEBU von Tutsi-Extremisten vor allem unter der Tutsi-Intelligenz und in der Armee, die von der Änderung der Machtverhältnisse am meisten zu befürchten hatten, mit einem Sieg der Hutu gleichgesetzt, der in ihren Augen zur Tyrannei einer ethnischen Mehrheit führen würde. Diese Befürchtungen wurden durch die Ernennung neuer Provinzgouverneure und neuer Stabschefs der Armee und der Gendarmerie sowie durch einen Plan Ndadayes zu einer Reform der Armee verstärkt.

Nachdem ein erster Putschversuch am 2. Juli 1993 gescheitert war, putschten Teile der Armee am 21. Oktober 1993 erneut, wobei Ndadaye, der Parlamentspräsident und weitere hochrangige FRODEBU-Politiker grausam ermordet wurden. Die Nachricht darüber löste ein *ungeheures Ausmaß an ethnischer Gewalt und militärischer Repression* im ganzen Land aus, dem, von der Weltöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, 50 000–100 000 Menschen zum Opfer fielen, während fast eine Million die Flucht ergriffen. Dennoch kam es nicht zu einer Machtübernahme durch das Militär. Die dezimierte Regierung blieb allerdings wochenlang handlungsunfähig. Nach heftigen internen Auseinandersetzungen wählte das Parlament am 13.1.1994 den bisherigen Landwirtschaftsminister Cyprien Ntaryamira, der wie sein

Vorgänger der FRODEBU angehörte, zum neuen Staatschef, Ntaryamira kam zusammen mit Habyarimana am 6.4.1994 ums Leben.

Bereits bei der Bildung der neuen Regierung im Februar hatte sich gezeigt, daß sich die FRODEBU dem Druck der Opposition beugen und nicht nur den Anteil der UPRONA-Minister erhöhen, sondern auch einen Vertreter der extremen Tutsi-Partei RADDES („Ralliement pour la Démocratie et le Développement Economique et Social“) in die Regierung aufnehmen mußte. Ethnische Auseinandersetzungen und Zusammenstöße zwischen bewaffneten Hutu und der Tutsi-Armee verschärfen sich erneut im März, insbesondere in den Vororten von Bujumbura, wo eine „ethnische Säuberung“ durch die Armee stattfand. Ein neuerlicher Putschversuch des Militärs am 24.4.1994 konnte zwar vereitelt werden, doch änderte dies nichts daran, daß die Regierung mittlerweile zum Handlungsgehilfen der Armee geworden war. Der Kampf extremistischer Gruppen um den Machterhalt stürzte Burundi ebenso wie Ruanda ins Chaos.

Die Kirche rang sich nur vorsichtig Kritik an den politischen Mißständen ab

Als der Papst im September 1990 Burundi und Ruanda besuchte, kam er in zwei Staaten, die einen für Afrika ungewöhnlich hohen Anteil der Katholiken an der Bevölkerung aufwiesen (Burundi 65 Prozent, Ruanda 45 Prozent). Beide Staaten befanden sich infolge des beginnenden Demokratisierungsprozesses in einer politischen Umbruchsituation, in der die Kirche vor besonderen Herausforderungen stand. Das Verhältnis von Kirche und Staat hatte sich entsprechend der unterschiedlichen politischen Entwicklung der beiden Staaten allerdings in unterschiedlicher Weise gestaltet.

In Ruanda hatten die europäischen Missionare, die 1900 ins Land gekommen waren, zunächst die Tutsi-Oberschicht gefördert, sich jedoch in den 50er Jahren für den sozialen Aufstieg und die Emanzipation der Hutu eingesetzt und damit die Machtübernahme durch die Hutu vorbereitet. Der Einfluß der Kirche blieb auch nach der Unabhängigkeit groß, insbesondere durch ihre Aktivitäten im *sozialen Bereich* (Bildungs-, Gesundheits-, Genossenschaftswesen, caritative Einrichtungen) und auf dem Gebiet des *Presse- und Informationswesens*. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche erfolgte nach der Machtübernahme Habyarimanas. Der Erzbischof von Kigali gehörte bis 1985 dem Zentralkomitee der Einheitspartei MRND an und nahm damit an den Sitzungen des Ministerrats teil. Dies trug der Kirche den Vorwurf ein, *Dienerin des Staates* zu sein und vor Mißständen zu schweigen. Die Übereinstimmung in wichtigen Fragen schlug sich noch Ende 1990 in einem Schreiben an die ausländischen Hilfswerke nieder, das Hintergrundinformationen über den Einfall der RPF bot und dabei die offizielle Darstellung der Regierung bis in sprachliche Formulierungen übernahm.

Ein Hirtenbrief vom November 1990 war allerdings bereits darüber hinausgegangen und hatte *vorsichtige indirekte Kritik am Fehlverhalten staatlicher Autoritäten und der Beamten-schaft* geübt. Die wachsenden innenpolitischen Auseinandersetzungen führten zumindest bei einem Teil des Klerus zu einem Umdenken. Der Priesterrat der Diözese Kabgaye, die als älteste Diözese des Landes über hohes Prestige verfügt, veröffentlichte am 1.12.1991 ein vom Bischof von Kabgaye eingeleitetes Dokument, in dem in bisher ungewohnter Weise Selbstkritik geübt und die Unterwerfung der Kirche unter die zeitliche Macht beklagt wurde. In ihrem Hirtenbrief zum Jahresbeginn 1992 nahmen die Bischöfe in deutlicher Form zu politischen Mißständen Stellung. Darüber hinaus setzten sie sich bei den politisch Verantwortlichen mit Nachdruck für die Herbeiführung des Friedens mit der RPF ein.

Zu den wichtigsten pastoralen Anliegen gehörte die *Vorbereitung auf die Demokratisierung*, die *nationale Versöhnung* und die *Sorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen*. Innerhalb der Kirche hatte ein Teil der intellektuellen Elite seit 1990 immer deutlicher die Forderung nach einem demokratischen System erhoben und in kirchlichen Presseorganen auf Mißstände des bestehenden Regimes und soziale Ungerechtigkeit hingewiesen. Dies führte zum Konflikt mit der Staatsgewalt und zur Verhaftung und gerichtlichen Verurteilung von Journalisten, in einigen Fällen auch zu deren gewaltsamem Tod. Die Ermordung von Priestern und Ordensangehörigen in der Jesuitenmission in Kigali durch das Militär kurz nach dem Tod Habyarimanas dürfte, abgesehen von der ethnischen Komponente, ihren Grund in deren Tätigkeit zur Bewußtseinsbildung haben. Während der ethnischen Verfolgungen und Massaker haben viele Menschen in Kirchen und kirchlichen Einrichtungen Schutz gesucht. Mit einem Anteil von 70 Prozent Tutsi am ruandischen Klerus und den Ordensangehörigen ist allerdings auch die Kirche durch ethnische Auseinandersetzungen besonders gefährdet.

Staatliche Schikanen als Reaktionen auf erfolgreiche Tätigkeit der Kirche

In Burundi, wo die katholische Kirche im sozialen Bereich eine ebenso bedeutende Rolle spielte wie in Ruanda – 1970 besuchten 70 Prozent der Primarschüler und 63 Prozent der Sekundarschüler eine katholische Schule, im Gesundheits- und Genossenschaftsbereich war ihr Einfluß nicht weniger groß – verfolgte Präsident Bagaza seit 1977 eine zunehmend *antikirchliche Politik*, die mit der Ausweisung ausländischer Missionare begann. Es folgten das Verbot kirchlicher Basisgemeinschaften, die Verstaatlichung der katholischen Schulen, das Verbot der sehr erfolgreichen Alphabetisierungszentren auf dem Land, schließlich das Verbot von Gottesdiensten an Werktagen und andere Schikanen. Einer der Gründe für dieses Vorgehen lag in der erfolgreichen Tätigkeit unter den Hutu auf dem Land und der Angst vor deren politischer Mobilisierung.

Während die Bischöfe Burundis, fünf Tutsi und zwei Hutu, einer Auseinandersetzung mit dem Staat aus dem Wege gingen und sehr zurückhaltend reagierten, führte die antikirchliche Politik innerhalb der Tutsi-Elite in Regierung und Armee zum Dissens und bildete einen der Gründe für den Putsch vom September 1987. Kurz danach wurden viele der gegen die Kirche gerichteten Maßnahmen aufgehoben. Zur Durchführung seiner Politik der nationalen Einheit war für Buyoya, der zwei katholische Bischöfe in die Kommission zur Ausarbeitung der „Charta der nationalen Einheit“ berief, die Unterstützung der Kirche wichtig.

Die politische Übergangsphase wurde durch mehrere eindringliche Botschaften der Bischöfe zur Demokratisierung begleitet. Auch nach dem Machtwechsel setzten sie die Mitarbeit in politischen Beratungsgremien fort: in dem von Präsident Ndaye am 30. September 1993 ernannten „Rat der nationalen Einheit“ übernahm der Vorsitzende der katholi-

schen Bischofskonferenz das Amt des Vizepräsidenten. Die Reaktion der Bischöfe auf den Putsch vom Oktober 1993 und die darauf folgenden Massaker ließen erkennen, daß in der Kirchenführung inzwischen ein Haltungswandel stattgefunden hatte. In der gemeinsamen Erklärung der christlichen Kirchen Burundis wurden erstmals von höchster kirchlicher Seite ausdrücklich die Sicherheitskräfte angeklagt und die Ausschreitungen des Militärs gegen die Bevölkerung verurteilt. Auf Gebets- und Besinnungstagen der katholischen Bischofskonferenz im Februar 1994 gestanden die Verantwortlichen der Kirche ein, das ethnische Problem zu zaghaft behandelt und seine Verquickung mit der Machtfrage zu wenig beachtet zu haben. Das drängende Anliegen, aus der Spirale der Gewalt und ihrer Ursachen auszubrechen, machte der Kirche ihre politische Verantwortung mehr denn je bewußt.

Marianne Weiß

Wie weit geht der Wandel?

Vietnam zwischen Aufbruch und Stagnation

Wie in der benachbarten Volksrepublik China hält auch in Vietnam die kommunistische Partei an ihrem Machtmonopol fest, während sie wirtschaftlich auf Liberalisierung setzt. Erfolge der wirtschaftlichen Reformpolitik kontrastieren mit ideologisch-politischer Stagnation. Die Religionsgemeinschaften in Vietnam unterliegen nach wie vor staatlicher Aufsicht und können sich nur begrenzt entfalten. Probleme zwischen Regime und katholischer Kirche gibt es vor allem im Zusammenhang mit Bischofsnennungen.

Der Flughafen von Ho-Chi-Minh-Stadt bzw. Saigon, wie die größte Stadt Vietnams von den meisten Einheimischen immer noch genannt wird, kann zwar noch lange nicht mit den modernen Airports in der Region konkurrieren. Inzwischen sind aber die ersten neuen Abfertigungsgebäude fertiggestellt und weitere Modernisierungsmaßnahmen in Angriff genommen worden. Der erste Eindruck, den der Besucher bei der Fahrt vom Flughafen in die Stadt von Vietnam bekommt, ist der einer großen Baustelle, auf der mit Hochdruck Neubauten errichtet werden. So entstehen z. B. auf dem riesigen Gelände des ehemaligen US-Stützpunkts Bien Hoa im Osten von Ho-Chi-Minh-Stadt viele neue Industrieanlagen. Was an dieser Stelle noch nach einer zentralen Planung für einen geordneten Aufbau neuer Industrien erscheint, erhält ein anderes Gesicht, wenn man die vielen offensichtlich unkoordinierten Anstrengungen sieht, neue Geschäfte, kleine Manufakturbetriebe und viele andere Formen von Gewerbe zu eröffnen.

Der Gesamteindruck, in ein im Aufbruch befindliches Land zu kommen, wird durch die teilweise schrille Werbung für die unterschiedlichsten Produkte ausländischer Firmen verstärkt. Großflächige Werbeplakate bestimmen das Bild der großen Avenues und verunzieren es auf unerträgliche Wei-

se. Nach anfänglicher Großzügigkeit hat die Regierung seit 1992 Erlaubnisse für das Aufstellen weiterer großflächiger Werbetafeln nicht mehr erteilt.

Wachsende Bedeutung des privaten Sektors

Vietnam hat eine gewisse Zeit gebraucht, um sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR aus seiner dadurch resultierenden außenpolitischen Isolation zu befreien. Die starke Anlehnung an das russische Imperium durch die Überlassung militärischer Stützpunkte, in der politischen Zusammenarbeit und den wirtschaftlichen Beziehungen hatte in den letzten Jahren für Vietnam immer weniger Vorteile erbracht. Die Umorientierung der außenpolitischen Optionen des Landes brachte zunächst eine größere Öffnung zu den in der ASEAN zusammengeschlossenen Staaten, vor allem Thailand, Singapur, Malaysia und den Philippinen. Durch die Beendigung des vietnamesischen Engagements in Kambodscha war für die Staaten der Region eine generelle Entspannung eingetreten, die die weitverbreitete Angst vor weiteren militärischen Unternehmungen Vietnams abbauen half.

Auch die seit langem eher schlechten Beziehungen zum ehe-